

AfD: Unternehmen sehen hohes Risiko - Alternative fällt durch

Knut Bergmann / Matthias Diermeier, 22.05.2024

Die Mehrheit der Unternehmen hat sich gegen die AfD positioniert – 54,2 Prozent innerhalb des Betriebs, 47,3 Prozent in der Öffentlichkeit. Der Anteil der Unternehmen, die im Erstarken der Partei eine Chance erkennt, liegt deutlich unter der Zustimmung, die die AfD in Umfragen erfährt – selbst in kleineren Firmen oder solchen aus dem Produzierenden Gewerbe liegt diese Gruppe bei unter 10 Prozent. Am höchsten werden die von der Partei ausgehenden Risiken für die EU und den Euro eingeschätzt.

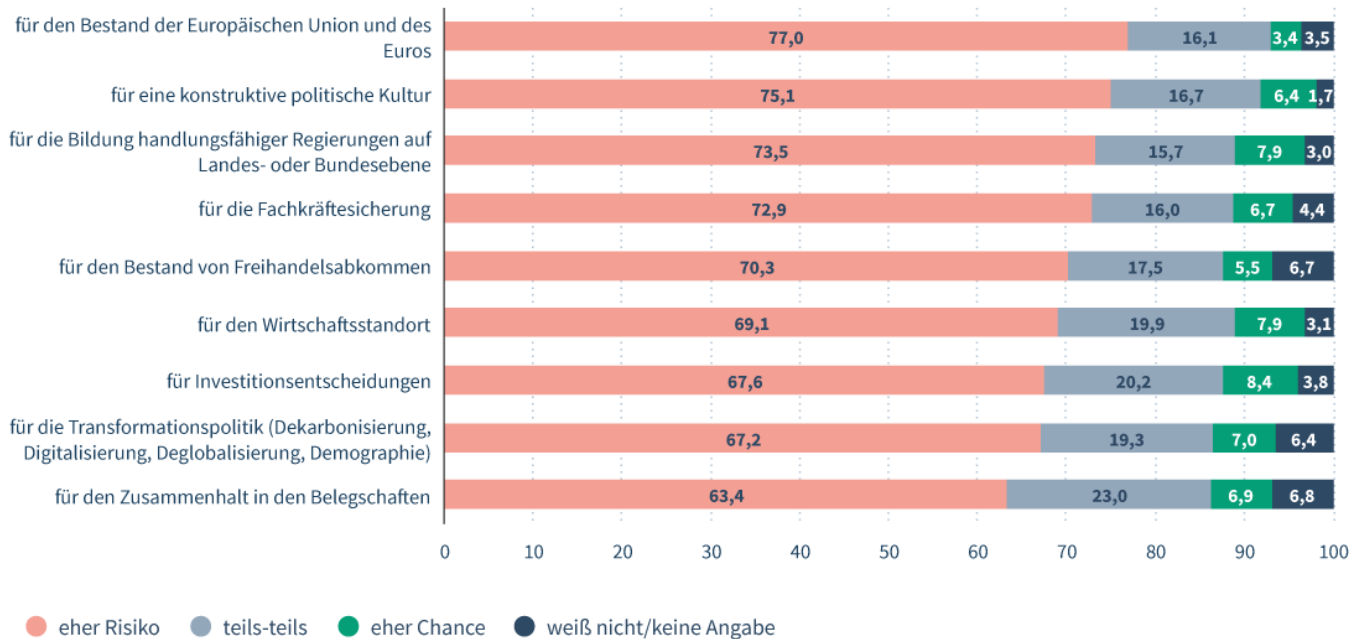
Dass sich Unternehmen mit politischen Stellungnahmen zurückhalten, hat sich im Zuge des Umfragehochs der Alternative für Deutschland (AfD) und insbesondere nach der öffentlichen Diskussion um das sogenannte „Potsdamer Gemeintreffen“ grundlegend geändert. Zunehmend mehr Unternehmen, Verbände, Manager und Unternehmer haben Flagge zugunsten von Vielfalt und Toleranz oder gegen Rechtsextremismus gezeigt – wobei die Bandbreite der Möglichkeiten theoretisch bis hin zur Standortaufgabe reicht (Bergmann et al 2024). Viel Resonanz bekam der Familienunternehmer Reinhold Würth, der sich in einem Brief an seine Belegschaft klar gegen die AfD positionierte. Bei den meisten dieser Äußerungen wird auf zwei Argumentationsstränge zurückgegriffen: Zum einen wird auf die Unverträglichkeit von freiheitlich-demokratischer Grundordnung und rechtsextremistischen Haltungen rekurriert, zum anderen aus einer ökonomischen Ratio argumentiert.

Die AfD ist ihrer wirtschaftsliberalen Programmatik der eurokritischen Gründungsphase treu geblieben. Allerdings zeigen sich im Wechselspiel von Programmtext und Äußerungen des Führungspersonals bzw. dem Abstimmungsverhalten der Bundestagsfraktion Unschärfen, teils sogar konkrete Widersprüche. Ersteres gilt hinsichtlich des Freihandels; zweiteres beim Subventionsabbau, der ausweislich des Grundsatzprogrammes die Landwirtschaft einschließt (AfD 2016, S. 88), während im Zuge der Bauern-Proteste Anfang 2024 eine Verdoppelung der Agrardiesel-Subventionen gefordert wurde (AfD 2024). Problematisch für die Wirtschaft sind überdies die Haltung zum Fachkräftemangel und die Ablehnung jedweder Industriepolitik, die als „sozialistisch“ etikettiert wird (AfD 2021, S. 45). Abschreckend wirken zudem die Folgekosten des angestrebten Austritts aus dem Euro und der EU: Dieser sogenannte Dexit würde bereits nach fünf Jahren zu einem um rund 5,6 Prozent niedrigeren realen Bruttoinlandsprodukt führen; innerhalb der ersten fünf Jahre wären die kumulierten Verluste an Wirtschaftsleistung ähnlich hoch wie während der kombinierten Corona- und Energiekostenkrise zwischen 2020 bis 2023 (Bardt et al. 2024).

Über 80 Prozent der 65 Wirtschaftsförderer, die in einer Befragung der IW Consult im Jahr 2024 auf die entsprechende Frage antworteten, schätzen die Auswirkungen des AfD-Erstarkens auf den Industriestandort in ihrem

Risikowahrnehmung hinsichtlich der AfD durch Unternehmen

in Prozent



N=905; Fragetexte im Wortlaut: „Sehen Sie in einem langfristigen Erstarken der AfD eher Risiken oder Chancen für die folgenden Aspekte?“

Quelle: IW-Zukunftspanel, Welle 47, 2024

Geltungsbereich als Risiko ein; nicht ein einziger erkennt im Aufstieg der Rechtspopulisten eine Chance (Rest: „teils/teils“). Einer Umfrage unter Verbänden zufolge, wird die erschwerte Fachkräftesicherung als akutes betriebliches Risiko erkannt. Langfristig dominieren indes politische Risiken (Bergmann/Diermeier 2023).

Unklar war bislang, wie die Wahrnehmung der AfD in der Breite der Führungsetagen von Unternehmen ausfällt. Um eine repräsentative Einschätzung des AfD-Erstarkens zu erhalten, hat das IW über 900 Unternehmen befragt (siehe Kasten Datengrundlage). Ähnlich den Ergebnissen der IW-Verbändebefragung überwiegt die Gefahrenwahrnehmung deutlich. Im Gegensatz zu den Verbandseinschätzungen steht für Unternehmen jedoch das Risiko „für den Bestand der Europäischen Union und des Euros“ mit 77 Prozent „eher Risiko“ an der Spitze, 16,1 Prozent antworteten „teils-teils“. Lediglich 3,4 Prozent erkennen in der Abkehr von EU und Euro und der Rückkehr auf die nationale Scholle eine Chance. Etwas niedriger rangieren bei den Unternehmen die von den Verbänden besonders kritisch bewerteten politischen Risiken sowie die Sorgen um die Implikationen des AfD-Erstarkens auf die Fachkräfte-

sicherung. Am geringsten wird die Sorge um den Zusammenhalt in den Belegschaften artikuliert: Über ein Drittel der Befragten erkennen hier kein klares Risiko (23 Prozent „teils-teils“; 6,9 Prozent „eher Chance“; 6,8 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“). Der relativ entspannte Blick auf die Spaltungstendenzen in der eigenen Mitarbeiterschaft könnte darauf hindeuten, dass der Druck, den die AfD über ihr nahestehende Arbeitnehmerorganisationen wie beispielsweise den Verein Zentrum versucht hat aufzubauen, bislang wenig verfährt. Die granularen Auswertungen zeigen zudem, dass größere Unternehmen sowie solche, die den unternehmensnahen Dienstleistungen zugeordnet werden, der AfD kritischer gegenüberstehen. Auch bei Unternehmen mit weniger als 50 oder zwischen 50 bis 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie unter denen aus dem Produzierenden Gewerbe bleibt der Anteil derer, die in der AfD eine Chance erblicken, in allen abgefragten Dimensionen unter 10 Prozent. Die Sorge um die EU und den Euro steht in allen Unternehmensgrößenklassen und Branchen an erster Stelle.

Passend zur weitverbreiteten Risikowahrnehmung hat sich eine Mehrheit aktiv gegen die AfD positioniert,

wobei der Anteil an Unternehmen, wo dies intern geschehen ist, mit 54,2 Prozent erwartbar höher ausfällt als bei der Frage nach einer Stellungnahme in der Öffentlichkeit (47,3 Prozent). Trotz der in vielen Politikfeldern wirtschaftsfreundlichen Programmatik verneinen über zwei Drittel die Frage, ob sie einige Positionen der Partei sinnvoll oder grundsätzlich vertretbar finden. Die Gruppe, die hier mit „ja“ antwortet, beträgt jedoch immerhin 23 Prozent (9 Prozent „weiß nicht“).

Die Freitextantworten bestätigen die Risikobewertung und die Skepsis hinsichtlich der AfD-Europapolitik. „Was Europa schadet (AfD und andere rechtsextreme, europafeindliche Parteien), schadet mittel- und langfristig uns allen in Deutschland.“ Entsprechend wird empfohlen: „Dieses sollten wir auch als Unternehmen nach außen kommunizieren!“ Als Handlungsempfehlung wird platziert: „Ehrlich und offen zunächst im eigenen Unternehmen Stellung zu beziehen, aber dann zweitens auch öffentlich zusammen mit anderen gemeinsame Kampagnen unterstützen und wenn es geht, auch einzeln als Unternehmen seine Stimme zu erheben vor allem gegen die Anti Europa Politik.“

Bei den qualitativen Begründungen, warum sich Unternehmen nicht gegen die AfD positioniert haben, fällt auf, dass die Sorge vor einem Umsatzrückgang nur eine minimale Rolle spielt. Andererseits deutet die Vielzahl an Antworten, warum man sich nicht positioniert hat – über drei Viertel haben hierzu Angaben gemacht, was ein außergewöhnlich hoher Wert ist –, auf ein intensives Problembewusstsein hin. Bei den Empfehlungen, wie sich Unternehmen positionieren sollten, fällt ins Auge, dass gerade einmal fünf Befragte dafür eintreten, AfD-nahe Bewerber, Mitarbeiter, Kunden oder Lieferanten zu canceln. Vielmehr wird geraten, klar und inhaltlich zu argumentieren, aber gleichzeitig empathisch und authentisch aufzutreten.

Literatur

AfD, 2016, Programm für Deutschland. https://www.afd.de/wp-content/uploads/2017/01/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf

AfD, 2021, Deutschland. Aber normal https://www.afd.de/wp-content/uploads/2021/06/20210611_AfD_Programm_2021.pdf

AfD, 2024, Unser Sofortprogramm für die Landwirtschaft <https://www.afd.de/sofortprogramm-landwirtschaft/>

Bardt, Hubertus Bardt / Boldwin, Lennart / Busch, Berthold / Matthes, Jürgen, 2024, Brexit – Kein Vorbild für Deutschland, IW Trends 2/2024, Köln, S. 101-117

Bergmann, Knut / Diermeier, Matthias, 2023, AfD-Erstarren. Verbände sehen stärker politische als ökonomische Risiken, IW-Kurzbericht, Nr. 63, Berlin / Köln

Bergmann, Knut / Diermeier, Matthias / Kinderman, Daniel / Schroeder, Wolfgang, 2024, Die deutsche Wirtschaft und die AfD. Erfahrungen, Befunde und erste Forschungsergebnisse, WZB Discussion Paper 2024-602

Datengrundlage

Datengrundlage ist ein Fragekatalog zu wirtschaftspolitischen Positionen von Parteien innerhalb der regelmäßigen Unternehmensbefragung, IW-Zukunftspanel. Befragt wurden Geschäftsführer, Vorstände oder Leiter der Strategieabteilungen in Unternehmen der Industrie und der industrienahen Dienstleistungsbranche. Die Befragung war zwischen dem 08.03.2024 und dem 30.04.2024 im Feld. Die hier ausgewertete Nettostichprobe beträgt 905 Unternehmen. Neben den skalenbasierten Fragen wurden qualitative Kommentare zugelassen. Die Befragung wurde hälftig vom BDI finanziert.

Grundlage ist eine nach Anzahl der Beschäftigten und der Branche geschichteten Zufallsstichprobe. Um repräsentative Gesamtwerte für die Grundgesamtheit zu ermitteln, wurden die Befragungsergebnisse mit Anzahlgewichten (Unternehmensanzahl nach Statistischem Bundesamt) berechnet. Eine Gewichtung nach Unternehmensanzahl impliziert, dass etwa große Unternehmen aufgrund ihrer relativ geringen Anzahl mit einem kleinen Gewicht eingehen. Die ausgewiesenen Ergebnisse geben Aufschluss darüber, wie das durchschnittliche Unternehmen einen Sachverhalt einschätzt.